

Von Susanne Mathes

Der Frust sitzt tief beim Verein Frauen für Frauen, der ein zweites Frauenhaus für den Landkreis Ludwigsburg plant, weil die Plätze vorne und hinten nicht reichen. Vor einem Jahr hatte sich der Verein um Geld aus dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ beworben. Ein geeignetes Gebäude, das für den Zweck umgebaut werden könnte, gibt es: Der Eigentümer hält es seitdem frei. Doch nachdem der Bund sich fast ein Jahr lang nicht gerührt hatte, brems er jetzt – und empfiehlt durch die Blume, das Vorhaben aufzugeben. „Wir sind zutiefst verärgert und ratlos“, sagt Arezoo Shoaleh vom Leitungsteam des Vereins. „Wer uns rät, die Pläne ruhen zu lassen, rät uns, misshandelte, geschlagene Frauen und Kinder im Stich zu lassen.“

In den jüngsten Monaten hatte der Verein – auch mit Unterstützung der Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis – immer wieder nachgebohrt, ob er mit dem Fördergeld rechnen kann. Drei Millionen Euro würde der Umbau des Hauses kosten, hatten die Kalkulationen ergeben – mittlerweile rechnet der Eigentümer wegen gestiegener Baukosten mit 20 bis 25 Prozent mehr.

„Das ist ein Schlag ins Gesicht und eine schwer zu ertragende Hinhalte-taktik.“

Arezoo Shoaleh, Frauen für Frauen

Das Land Baden-Württemberg befürwortet das Projekt, hat ihm erste Priorität zuerkannt und zugesagt, seinerseits Geld beizusteuern. Den Löwenanteil bräuchte der Verein aber aus dem Förderprogramm, in dem der Bund von 2019 bis 2024 insgesamt 171 Millionen Euro bereitstellen wollte, um Hilfseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und für den Kauf geeigneter Immobilien für innovative Wohnprojekte voranzutreiben. Doch die Reservierungszeit für das Haus, das Frauen für Frauen in Aussicht hat, ist Ende März abgelaufen.

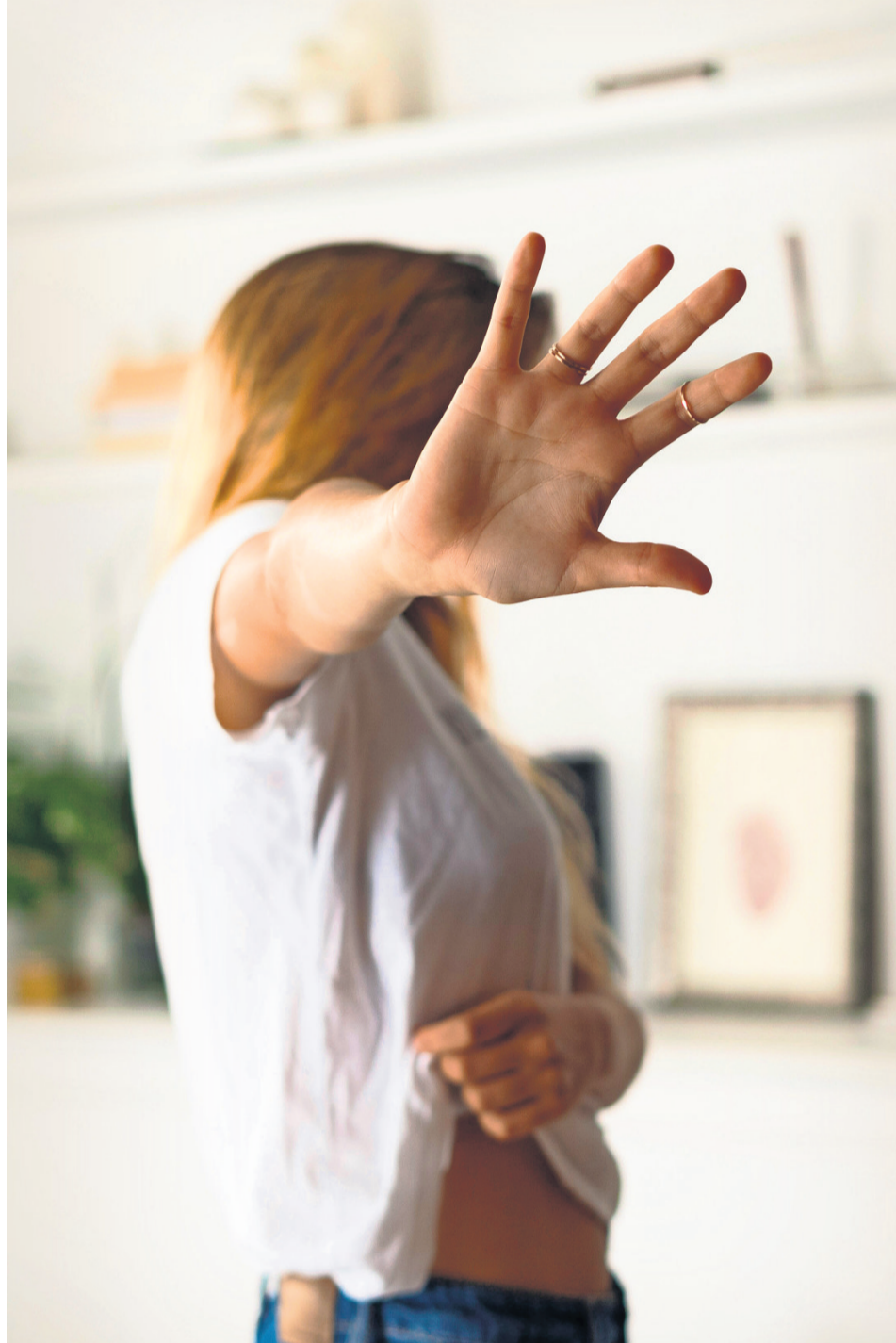
Weil vom Bund kein Signal kam, erklärte sich der Eigentümer zwar bereit, nochmals zu warten – „er ist den Weg mit uns so lange gegangen, dass er sagt, er geht ihn auch noch ein Stück weiter“, sagt Shoaleh. Aber nach einer Videokonferenz mit Vertreterinnen der Bundesservicestelle und des Landes vergangene Woche und vor allem nach einer Mail, die der Verein am Dienstag zum weiteren Prozedere erhielt, ist die Hoffnung auf das Geld und den Umbau rapide gesunken.

Statt Wege aufzuzeigen, wie es einer schnellen Förderzusage vielleicht doch noch klappen könnte, damit die Immobilie nicht anderweitig in die Vermarktung geht, listet die Bundesservicestelle Faktoren auf, dererwegen sich Frauen für Frauen das Vorhaben de facto abschminken kann. Ohne die Einhaltung „zwingender zurechtweisender Verfahrensschritte“ gehe es nicht, so der Verweis. Das Ludwigsburger Projekt sei im sogenannten „Anfragestatus“. Liege aus dem entsprechenden Bundesland eine befürwortende Stellungnahme vor – was der Fall ist –, müsse die Bundesservicestelle eine Aufforderung zur Antragstellung an den Träger aussprechen, heißt es in der Mail.

Die Servicestelle wäre also seit fast einem Dreivierteljahr selbst am Zuge gewesen. Um die Aufforderung zur Antragstellung auszusprechen, führt sie weiter aus, bedürfe es aber einer aktualisierten Kostenaufstellung. „Sollten Sie uns diese bis Ende dieser Woche

In der Endlosschleife

Die Chancen, dass ein leeres Gebäude für den Umbau in ein Frauenhaus weiter freigehalten wird, sinken rapide: Der Verein Frauen für Frauen, der seit langem auf Fördergeld wartet, wurde jetzt informiert, dass das Verfahren noch viel Zeit bräuchte. Der Verein fühlt sich hingehalten und ist frustriert bis ins Mark.



Im Kreis fehlen Plätze für Frauen, die unter Gewalt leiden.

Foto: Mauritius/Eloisa Ramos

zukommen lassen, kann bis Mitte Mai mit einer Aufforderung zur Antragstellung gerechnet werden.“ Dann könne ein Koordinationsgespräch vereinbart werden, in dem über ausstehende Unterlagen und weitere nötige Schritte gesprochen werde. „Im besten Fall haben Sie bis Ende Mai den Antrag gestellt“, schreibt die Bundesservicestelle.

Dann müsse mittels eines Vergabeverfahrens ein Sachverständiger gewählt werden, was zwischen einem Vierteljahr und einem Jahr dauern könne, der dann eine „vollständige prüffähige Bauunterlage“ erstelle, was ebenfalls drei bis sechs Monate dauern könne. Diese werde an die Bauverwaltung Baden-Württemberg übersandt. Bearbeitungs-

ES GIBT VIEL ZU TUN

Mehr Hilfen Deutschland hat 2017 die Istanbul-Konvention ratifiziert – ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Mit dem Inkrafttreten am 1. Februar 2018 ist die Konvention geltendes Recht in Deutschland, vor dessen Hintergrund die deutschen Gesetze ausgelegt werden müssen. Zu den Maßnahmen, die innerhalb der Istanbul-Konvention umgesetzt werden müssen, gehört der flächendeckende und bedarfsgerechte Ausbau des Hilfesystems für alle von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder.

Schwierige Finanzierung Wenn Frauen, die in ein Frauenhaus flüchten, keinen Leistungsanspruch auf die Übernahme der Finanzierung des Aufenthalts beim Jobcenter oder Sozialamt haben, wird es oft schwierig, den Platz zu bezahlen. Der Landtag von Baden-Württemberg lehnte im Frühjahr 2023 einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur besseren Finanzierung von Frauenhäusern ab. Zuständig sei der Bund, argumentierten die Regierungsfaktionen. *mat*

zeit: bis zu drei Monate. „Sobald die fachliche Stellungnahme bei uns eingeht, kann mit einem Zeitraum von zwei Monaten bis zur endgültigen Bewilligung gerechnet werden.“ Was aber nicht heißt, dass eine Bewilligung sicher wäre. Fazit: „Es ist wahrscheinlich, dass eine Bewilligung nicht mehr 2023 erfolgen wird. Selbst bei optimistischer Betrachtung kann frühestens mit einer Bewilligung zwischen Mai und August 2024 gerechnet werden“, so die Info an den Verein. Weil das Programm 2024 ausläuft, würden aber alle Arbeiten, die bis Ende 2024 nicht abgerechnet würden, auch nicht mehr bezahlt.

Frauen für Frauen verschlug diese Mail fast die Sprache. „Wir sind ein kleiner Verein. Seit über Jahr investieren wir Kraft und Zeit in das zweite Frauenhaus“, sagt Arezoo Shoaleh. Die Ansprechpartnerin aus der Bundesservicestelle legt dem Verein indes nahe, nicht mehr Zeit und Energie hineinzustecken. „Ich möchte Ihnen die Möglichkeit des Ruhenlassens nahelegen“, schreibt sie. „Wenn im Dezember feststeht, ob das Programm verlängert wird, könnte Ihr Projekt bei einer Verlängerung von drei Jahren in zeitlicher Hinsicht unproblematisch realisiert werden. Das Risiko liegt jedoch auf der Hand, da auch eine Verlängerung von lediglich einem oder zwei Jahren möglich ist. Und sämtliche Schritte, die Sie während der Phase des Ruhenlassens gehen, würden Sie auf eigenes Risiko gehen. Ein Risiko ist auch, dass das Objekt dann nicht mehr verfügbar ist.“

„Das ist ein Schlag ins Gesicht und eine schwer zu ertragende Hinhalte-taktik. Offenbar will der Bund das Geld gar nicht ausbezahlen“, sagt Arezoo Shoaleh. Das Programm verdiene den Namen „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ nicht. „Wir haben auch nicht den Eindruck, dass der Bund und wir dasselbe Ziel haben: Frauen und Kinder zu schützen.“ Wie es nun weitergehe, müsse der Verein in den nächsten Tagen beraten.

Mit 25 Plattfüßen von Schwaben nach Kapstadt

Der Markgröninger Helmut Hermann fuhr 1973 von Schwaben nach Südafrika – mit dem Fahrrad.

Von John Patrick Mikisch

Helmut Hermanns Peugeot hat 13000 Kilometer auf dem Buckel. Klingt nicht viel... Hermanns Peugeot ist aber kein Auto, sondern ein Fahrrad. Vor 50 Jahren fuhr er damit von Markgröningen nach Südafrika. „Die beste Entscheidung meines Lebens“, wie der heute 76-Jährige sagt. Und ein echtes Abenteuer. Hermann durchquerte die Sahara auf den Ladeflächen von Lkws, erkrankte in Nigeria an Malaria, durchquerte illegal Zaire, schipperte den Kongo bis nach Sambia herunter und fuhr durch das frühere Rhodesien bis Kapstadt. Er traf auf Tuareg-Nomaden, Erdölarbeiter, Schamanen, Beamte und Missionare, wurde beinahe ausgeraubt, überfahren, umkurvte Schlangen, die sich auf dem Teer wärmten.

Angst um sein Leben hatte Hermann nur einmal: „An der Grenze nach Sambia geriet ich nachts in ein Militärlager“, erzählt er. „Ein Posten brüllte ‚Hands up!‘, aber ich konnte ihn im Dunkeln nicht sehen. Als ich hörte, wie er sein Gewehr durchlud, dachte ich, jetzt ist es vorbei.“ Die Soldaten ließen ihn ziehen. „Eine Stunde später saß ich bei einem südafrikanischen Bergbauexperten am Abendbrot und trank Tee.“ Noch besser: Es gab eine Dusche und ein Bett. Denn Hermanns Ausrüstung selbst war sehr spartanisch: „Ich hatte einen Schlafsack und eine Matte zum Unterlegen.“

Auch sein Fahrrad war, abgesehen von der Gangschaltung („Fünf Gänge!“), nicht üppig ausgestattet. Den Gepäckträger hatte der Werkzeugmacher selbst geschweißt; dazu ein ungepolsterter Ledersattel – fertig war das Afrika-Tourenbike. Aber: Je einfacher die Ausrüstung, desto weniger geht kaputt. Die Pannen beschränkten sich auf Plattfüße (25), kaputte Speichen (20), abgefahrene Reifen (7) und gerissene Brems- und Schaltzüge. Hinterachse und Zahnkranz gingen später noch kaputt. „Für solche Fälle hatte ich Zweikomponentenkleber dabei. Damit habe ich die Teile zusammengeklebt und überm Feuer gehärtet. Das hält heute noch.“



Bei den Etappenstopps auf seiner Tour war Helmut Hermann oft die Attraktion. Foto: privat

Wie so manche Kontakte, die er knüpfte. Häufig machte er nachts in Dörfern Station, meistens umringt von neugierigen Kindern. „Ich habe auch immer nach Missionären Ausschau gehalten, allein schon um Infos über den weiteren Reiseweg zu bekommen“, sagt Hermann. Es gab kein Internet. Selbst Kartenmaterial war rar. Radtouren mit Freunden, Reiseberichte und der Alltag im Nachkriegsdeutschland hatten den Anstoß gegeben. „Wir hatten nicht viel und waren hungrig auf Neues“, sagt der 76-Jährige. „Viele aus meiner Generation wollten raus in die Welt“, erinnert sich Hermann.

Hermann veröffentlichte seine Reise als Buch, hielt Vorträge über sein Abenteuer, dem weitere rund um die Welt folgten, und arbeitete später als Autor und Verleger. Die vielen Reisebücher, Berichte und Fotos hat er akribisch archiviert. „So eine Afrika-Tour ist heute nicht mehr möglich“, sagt er. Das sei zu gefährlich. Eigene Fernreisepläne habe er nicht mehr. „Was ich sehen wollte, habe ich gesehen. Und langsam ist es auch mal gut.“

Radbörse und Codieraktion

LUDWIGSBURG. Der ADFC Ludwigsburg veranstaltet zusammen mit dem Fachbereich Nachhaltige Mobilität der Stadt am Samstag, 22. April, eine Radbörse mit Codieraktion auf dem Rathaushof. Bei der Börse können von 10.30 bis 14 Uhr gebrauchte Räder, Roller und Anhänger gekauft werden. Angenommen werden sie am Freitag, 21. April, von 16 bis 18.30 Uhr an der Justinus-Kerner-Schule und am Samstag, 22. April, von 9 bis 10.15 Uhr auf dem Rathaushof. Bei neuen Rädern bitte den Kaufbeleg mitbringen. Die Gebühr beträgt 10 Prozent des Erlöses. *kaz*

Das Elbe-Areal heißt jetzt Aurain-Carré

Die Planungen der Bietigheimer Wohnbau für die Fläche jenseits des Bahnhofs werden konkreter. Losgehen könnte es mit dem Bau des Dienstleistungszentrums.

Von Uwe Mollenkopf

Vor gut einem Jahr haben Stadtverwaltung und Bietigheimer Wohnbau in einer Bürgerversammlung ihre Pläne für die Neubebauung des Elbe-Areals vorgestellt. Meinungen der Anwesenden wurden eingeholt, und die Bürgerinitiative „Lebenswertes Aurain“, die sich für den Erhalt der Parkanlage einsetzt, übergab eine Petition. Auf dem Gelände, das die Bietigheimer Wohnbau gekauft hat, sollen 160 bis 180 Wohnungen und ein Dienstleistungszentrum entstehen. Auf dem benachbarten ehemaligen Postgelände ist ein Parkhaus als „Mobilitätszentrum“ mit 450 Stellplätzen geplant. Inzwischen hat die Wohnbau ihre Planungen konkretisiert, teilweise auch abgeändert. Der Baubeginn rückt näher.

Zu den Änderungen gehört unter anderem auch ein neuer Name für das Quartier. Das Elbe-Areal heißt jetzt „Aurain-Carré“, teilt Sabrina Peer, die Sprecherin der Wohnbau mit. Weggefallen sei außerdem die Idee, auf dem Areal auch eine Kindertagesstätte zu errichten.



Die historischen Backsteinbauten des Elbe-Areals bleiben erhalten

Foto: Oliver Bürkle

Das Problem mit dem Schattenwurf, das auf der Versammlung vorgebracht wurde, sei anhand von Sonnenstandssimulationen zu jeder Jahres- und Tageszeit simuliert worden. „Einige Gebäude wurden dahingehend angepasst“, so Peer. Was den Verkehr betrifft, bleibe es dabei, dass das Aurain-Carré oberirdisch ein autofreies Quartier sein soll, abgesehen vom geplanten Mobilitätszentrum. Die Pläne seien optimiert worden, wobei es keine nennenswerten Änderungen gab.

Für Diskussionen hatten vor allem die Bäume auf dem Gelände gesorgt. Wie die Wohnbau mitteilt, bleiben insbesondere die Rot- und Blutbuchen bestehen. Eine Ersatzbepflanzung für die nicht erhaltenswerten Bäume sei bereits geplant. Derzeit gebe es 37 Einzelbäume, nach der Neuplanung würden es 69 sein, davon 57 Neupflanzungen. Die Grundflächenzahl, die angibt, wie viel Prozent der Fläche bebaut wird, falle mit 0,64 sogar etwas geringer als die der Firma Elbe

aus, die sich vorher dort befand. Zusätzlich sei eine intensive Dachbegrünung geplant, die zusätzlich zum Baumbestand für ein ausgeglichenes Klima sorgen solle.

Verunreinigungen auf dem Areal wurden inzwischen durch Erdaushub beseitigt. Am 27. September letzten Jahres ist das Gelände aus dem Altlastenkataster ausgeschieden. Der weitere Zeitplan der Wohnbau sieht vor, als Erstes mit dem Bau des dort vorgesehenen Dienstleistungszentrums zu starten. Der Bauantrag wurde bereits im Juli 2022 bei der Stadtverwaltung eingereicht, später noch einmal korrigiert. Stimmt der Gemeinderat, der am 9. Mai tagt, dem Bebauungsplan für das Gelände zu, könnte mit dem Bau des Dienstleistungszentrums noch Mitte dieses Jahres begonnen werden. Die Fertigstellung ist für Mitte 2025 anvisiert.

Im Herbst 2023 will die Bietigheimer Wohnbau mit der Errichtung des Mobilitätszentrums beginnen. Vorgesehene Fertigstellung ist hier Ende 2025. Danach sollen schrittweise die Wohngebäude und Tiefgaragen folgen. Wenn alles glatt geht, könnte Ende 2029 die Bebauung der ehemaligen Industrie- und Gewerbefläche abgeschlossen und das neue Stadtquartier fertig sein.

Nach der Neuplanung soll es auf dem Areal 69 Bäume geben. Davin werden 57 neu angepflanzt.